

**Annoncen-
Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wittag, 30.)
bei C. F. Meißel & Co.
Breslau 12.
in Osnabrück bei H. Spindler,
in Osnabrück bei L. Strickland,
in Breslau bei Emil Rebach.

**Annoncen-
Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. F. Meißel & Co. —
J. G. Reichenow & Co., —
Kudolph Meißel.
In Berlin, Dresden, Osnabrück
beim „Juwelendruck.“

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 791.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Donnerstag, 11. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Kellern verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
des Nachmittags angenommen.

1875.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung.

Berlin, 10. November, 12 Uhr. Am Tische des Bundesrates
Delbrück, Michaelis u. A.

Die gestern vertagte erste Beratung des Gesetzes Entwurfes wegen
Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873 betreffend die Gründung
und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds wird fort-
gesetzt.

Abg. Richter (Hagen): Meine Herren, zunächst muß ich dem
Herrn Abg. Bamberger meine volle Zustimmung zu erkennen geben,
darüber, daß er auf die mancherlei Organisation unserer obersten
Reichsbehörden getrennt aufmerksam gemacht hat. Das Bedürfnis nach
verantwortlichen Reichsministern ist in diesem Hause schon wiederholt
betont worden, ich selbst habe im Jahre 1873 bei Gelegenheit der Be-
rathung des Invalidenfonds-Gesetzes darauf aufmerksam gemacht, wie
schwer sich das Bedürfnis eines Finanzministers gerade nach Bildung
dieser Fonds fühlbar macht. Nicht, wie man wohl gesagt hat, die
Firma Ellwanger u. Co. ist verantwortlich für das hier in Frage
stehende, sondern der Reichskanzler selbst, der sich nicht verantworten
kann, weil er nicht da ist. Den größten Theil des Jahres hindurch sind
nur Vertreter des allein verantwortl. Ministers zur Stelle, während der
Träger der Politik sich veranlaßt oder auch gezwungen sieht, auf sei-
nem entlegenen Gute in Hinterbann zu weilen. Das ist ein Ver-
hältniß, das für Kaiser und Reich wenig angemessen ist. Immer un-
haltbarer zeigt sich eine Einrichtung, wobei nicht nur die Entwicklung
der Reichsverhältnisse, sondern selbst die Ordnung in dem laufenden
Geschäftsgange abhängig bleibt von den mehr oder minder starken
Nerven eines einzelnen Menschen.

Ich bin dem Herrn Abg. Bamberger dafür dankbar, daß er die
Aufmerksamkeit auf diese Mängel auch bei dieser Gelegenheit gerich-
tet hat. Die Invalidenfonds habe ich nie für eine rationelle Ein-
richtung angesehen und die Gründe dafür ausführlich im Jahre 1873
dargelegt. Da damals keine Aussicht vorhanden war, die Bildung
des Invalidenfonds zu verhindern, so glaube ich tollkühn richtig zu
verfahren, wenn wir denselben möglichst wenig schädlich zu gestalten
suchen, was unterertheils nicht ohne Erfolg geschehen ist. — Der Abg.
Windthorst würde kein Bedenken tragen, mit Anträgen für Auflösung
des Invalidenfonds hervorzutreten. War es damals unmöglich, die
Bildung dieses Fonds zu verhindern, so halte ich es heute für rath-
samer, denselben rückgängig machen zu wollen. Eine andere Frage ist
ja die, ob der Invalidenfonds für seine gegenwärtigen Zwecke nicht zu
hoch bemessen ist. Als ich im vorigen Jahre bei der ersten Beratung
des Budgets hier darauf anspielte, wurde mir gerade vom Herrn
Abg. Windthorst eine wenig ermunternde Antwort zu Theil. Er
belegte zwar auch, daß man damals den Invalidenfonds gegründet
und zuviel dafür zurückgelegt habe, er meinte aber: „Ob es rathsam
sein kann, beim Invalidenfonds einen Schritt rückwärts in dieser
Beziehung zu thun, will ich dahin gestellt sein lassen, ich für meinen
Theil würde mich am wenigsten bereit erklären, weil ich glaube, daß
der Invalidenfonds, nachdem er einmal geschaffen ist, gleichsam die
Natur einer pia causa annimmt, und daran will ich nicht rütteln.“
(Unruhe.) W. S., es war gestern gerade der Jahresstag, wo der
Herr Abg. Windthorst gerade das Entgegengesetzte erklärt hat. (Ger-
terkeit.) Ich glaube die Wahrheit liegt hier in der Mitte. Ich sehe
nicht ein, warum nicht auch die Abänderung des ersten und letzten
Paragraphen in Frage gezogen wird. Wenn wir einen Termin in
diesem Gesetze hinausrücken sollen, so sehe ich nicht ein, warum wir
nicht einen anderen Termin in diesem Gesetze verlegen sollten. Das
Jahr 1879 ist nämlich als dasjenige bezeichnet, in welchem zuerst die
Bilanzen aufzustellen ist über die Einnahmen und Ausgaben des In-
validenfonds. Wenn derselbe viel zu hoch bemessen ist, so braucht
man darum noch nicht vorzuschlagen, einige Millionen davon
unter die Einzelstaaten zu vertheilen, viel näher läge der Ge-
danke, auch die Invaliden der Jahre 1864 und 1866 auf den Inva-
lidenfonds anzuweisen. W. S., die Thatfache, daß in dem Invaliden-
fonds ca. 40 Millionen Thaler zu viel liegen, mag für den Herrn Abg.
Windthorst jedenfalls ein Moment abgeben dafür, daß es mit der
Finanzlage des Reichs nicht so schlecht bestellt ist, wie er annimmt. —
Ich muß es mit den beiden Herren Vorrednern belegen, daß uns seit
Februar 1874 kein Bericht über den Invalidenfonds zugegangen ist.
Wir wissen nicht, was im Feststellungsbaufonds und in den anderen
Fonds, die mit dem Invalidenfonds im Austausch stehen, liegt,
wir kennen nicht die darin liegenden einzelnen Sorten von Papieren.
Der Jahresbericht pro 1874 hätte jedenfalls zu Beginn dieser Session
vorgelegt werden müssen. Herr Geheimrath Michaelis hat gestern
dem Herrn Abg. Bamberger den Vorwurf gemacht, daß er nicht bei
Gelegenheit des erst. u. Berichtes der Regierung seinen Rath gegeben
hat. Dem gegenüber muß ich konstatiren, daß uns dieser erste Bericht
erst im April 1874 zugegangen ist, wo uns gerade die große Frage
des Militärgesetzes beschäftigte, und daß wir auch gar keine Veran-
lassung hatten, diesen Bericht zur Diskussion auf die Tagesordnung zu
setzen; denn was überhaupt verkehrt worden ist, war schon damals
verkehrt. Was die Sache selbst betrifft, so erkläre ich mir die Regie-
rungsanfrage wesentlich aus der taktischen Regel, wonach die beste
Deckung der Angriffe ist. Anstatt sich zu rechtfertigen über das Ge-
schehene, greift man das System an, auf dem das Gesetz des Inva-
lidenfonds im Jahre 1873 hier aufgebaut worden ist. Wenn Herr
Dr. Bamberger gestern meinte, die Verlängerung des Termins sei
schon damals als wahrscheinlich vorausgesehen worden, und sich dabei
auf mich beziehe, so muß ich diese Verunglimpfung ablehnen. Ich
erkläre damals: „Wenn wir überhaupt solch einen Termin zulassen,
ist es nicht etwa unsere Absicht, daß die Gelder vor diesem Termine
vorwiegend in anderen als Staatspapieren angelegt werden, so daß
man etwa vor Ablauf dieses Termins diese Papiere veräußert, sondern
wir wollten gerade durch kurze Termine der Verwaltung die Direktion
geben, schon jetzt so viel als möglich in Staatspapieren anzulegen und
sich nicht durch keine Vortheile an Zinsen von dieser Richtung ab-
lenken zu lassen. Nun behauptet die Regierung, es sei unmöglich ge-
wesen, diese Direktive zu befolgen. Ich überlasse mich in Bezug auf
diese Behauptung alle dem an, was der Herr Abgeordnete Dr. Bam-
berger in dieser Beziehung gesagt hat, namentlich darüber, daß man
verhältnismäßig wenig ausländische Papiere erworben hat, daß man
von einzelnen Sorten Prioritäten Beträge bis zu 30 Millionen Thlr.
gekauft hat, daß überhaupt die Belegung in so ganz überraschend kurzer
Zeit erfolgt ist. Diese Kritik des Abg. Bamberger fällt um so schwerer
ins Gewicht, als ja in den Prinzipien Niemand in dieser Frage der
Regierung näher steht, als der Abgeordnete Bamberger. Dieser Herr
verwahrte sich damals, als er die Prioritäten empfahl, entschieden da-
gegen, daß man Prioritäten von noch unfertigen Bahnen kauft. Es
sind hier aber das Gegenbild befolgt worden zu sein. Dann muß
ich noch besonders Gewicht darauf legen, daß diese Belegung in so
kurzer Zeit geschehen ist. Bei unserer damaligen Berathung wurde

von der Regierung betont, die Belegung werde sich nicht etwa in einem
Jahre vollziehen lassen. Wenn sich der Regierungskommissar auf
die kurze Frist des Gesetzes beruft, so mache ich darauf aufmerksam,
daß im Gesetz der Termin vom 1. Juli 1875, also zwei Jahre nach
dem Invalidenfonds-Gesetz, als derjenige bezeichnet worden ist, von
dem an Geldern des Invalidenfonds überhaupt erst auszugeben ist, von
sein brauchten von den übrigen Theilen der Milliarden. Eine
Anlegung in Wechseln, und dergleichen, war auch noch über
diesen Termin hinaus zulässig. Die Belegung des Invaliden-
fonds ist aber in der kurzen Zeit von acht Monaten vollständig
in Effekten erfolgt. Nach dem ersten Bericht war der Invalidenfonds
bereits im Februar 1874 vollständig belegt und der sächsische Herr
Bundesbevollmächtigte hat uns gesagt, daß die Prioritäten um die es
sich handelt, schon am 1. Oktober 1873 vollständig angekauft waren.
Es ist das um so auffallender, als dieser übertriebene Auktions gerade in
die Zeit unmittelbar nach dem sogenannten großen Krach fällt, wo
alle viel lieber verkaufen als kaufen. Nach der Regierungsvorlage
steht von vornherein fest, daß man nicht mehr Kommunalpapiere hatte
bekommen können, als man bekommen hat. Ich habe im Geantel
vielfach vernommen, daß die Kommunen mit Darlehensgeschäften abge-
wiesen worden sind. Es erging sogar 1873, falls mich mein Gedäch-
tniß nicht trügt, offiziell durch die Presse die Mahnung an die Kommu-
nen, sich nicht weiter um Darlehen zu bemühen, über die Gelder des
Invalidenfonds sei bereits disponirt. Ich meine nach alledem, daß,
wenn man absichtlich hätte verfahren wollen, um den Reichstag im
Jahre 1875 in eine Zwangslage zu bringen, die Prioritäten definitiv
in den Invalidenfonds aufzunehmen, wie man dies ja von Anfang an
beabsichtigte, kaum anders hätte verfahren werden können, als verfahren
worden ist. Nun sind die üblen Folgen eingetreten, welche damals
vorausgesehen wurden, wenn man sich überhaupt mit dergleichen
industriellen Papieren befaßt: man hat sich verpekelt und
hat die üble Nachrede. Obwohl diese weit verbreitet ist, so erwähne
ich dieselbe nur darum, um meinerseits rückhaltlos als der Abge-
ordnete Windthorst zu erklären, daß ich dieselben nicht für gerechtfertigt
halte. Ich bin von der Integrität der Regierung und den Interessen-
teufen gegenüber bei allen diesen Geschäften vollständig überzeugt,
und wenn ich auch nähere Auskunft für wünschenswerth halte, so
glaube ich nicht, daß diese mein Urtheil in andern Anlag geben wird.
Ich erkläre das ganze Verfahren einfach daraus, daß die Regierung
ihrer praktischen Kenntniß der Verhältnisse mehr vertraut hat,
als den Grundbesitzer, von welchen sich der Reichstag im Jahre 1873
bei Beratung des Gesetzes hat leiten lassen. Man hielt diese Grund-
sätze für mehr oder weniger allseitig und zog sie nicht in dem Maße,
als sie es verdienten, in Betracht. Die Regierung kann sich allerdings
für ihr Verfahren auf Gutachten aus dem Kreise der damaligen
Reichstagsmitglieder berufen. Um gerecht zu sein, muß ich die damalige
Erklärung des Abgeordneten Bamberger hier wiederholen — es ge-
schehe nicht, um ihm irgend einen Vorwurf zu machen — wir halten
uns ja alle nicht für unfehlbar — vielleicht habe ich selbst in entgegen-
gesetzter Richtung durch allzu große Emsigkeit in Bezug auf die Kom-
munalpapiere damals gefehlt, obwohl ich die Erfahrungen in dieser
Richtung noch nicht für abgeschlossen halte. Der Herr Abg. Bamberger
meinte damals: „Waffenbasiertes oder wie man lautmännlich sagt, Cou-
lanteres“ möchte es auf dem deutschen Geldmarkt nicht geben, und ich
glaube, es wird auf dem deutschen Geldmarkt kein Papier so gesucht,
als von Eisenbahnen — er schloß seine Rede: „Aus diesen Gründen
glaube er ganz entschieden, Eisenbahn-Prioritäten sowohl für tem-
poräre wie für definitive Anlagen empfehlen und bitten zu
müssen, sich nicht dieses vortheilhaft geeignete Feld zu verziehen.“
Der Herr Minister Delbrück bezog sich unmittelbar auf die Ausfüh-
rungen des Herrn Abg. Bamberger und erklärte: „Ich würde
meinerseits nur wiederholen können, was er gesagt hat. Ich kann
insbesondere das bestätigen, daß diese Papiere leichter an der Börse
zu plaziren sind, wie die große Zahl der Staatsanleihen selbst.“ Dra-
stischer können allerdings die Ansichten eines Ministers nicht desavou-
irt werden, wie durch die jetzt vorgelegten Motive, in denen es aus-
drücklich heißt, daß diese Prioritäten schon seit längerer Zeit schwer
veräußert sind, daß, wenn man einen großen Betrag auf die Börse
brachte, bedenkliche Umwälzungen der Börsenverhältnisse und erhebliche
Verluste des Invalidenfonds unvermeidlich sind. W. S. Ich bin
in diesen Verhältnissen nicht so bewandert, aber es sollen sich Papiere
darunter befinden, die 10, selbst 13 Prozent unter dem damaligen
Course stehen. Wären sie nicht so schwer veräußert, so würde man
ja keine Bedenken getragen haben, die Staatsanleihen zu erwerben,
auf welche gestern der sächsische Herr Regierungsvollmächtigte auf-
merksam gemacht hat, so wäre es nicht zu erklären, daß man seit Fe-
bruar 1874, um noch eine Anzahl von Staatspapieren zu erwerben,
wesentlich ausländische Papiere aus dem Invalidenfonds verkauft
hat. Die Veräußerung derselben würde um so unerklärlicher sein, als
ja jetzt die Verwaltung ausländische Papiere für besser erklärt und
von ihrem ursprünglichen Gedanken, die Prioritäten dauernd zu be-
halten, vollständig zurückgekommen ist. Nun wird uns vorgeschlagen,
wir sollen die Prioritäten bis zum Jahre 1880 behalten, wir sollen
dann die Vollmacht geben, ausländische Papiere zu kaufen und sie aus-
nach den wechselnden Konjunkturen der nächsten Zeit zu verkaufen und
durch Verkauf zu erzielen. W. S., das kommt mir so vor, als wie,
wenn Jemand, der eine unglückliche Spekulation gemacht hat, den
entsprechenden Schaden durch eine neue Spekulation wieder gut machen
will. Man kann ja vielleicht über die ausländischen Staatspapiere
ein ebenso gutes Urtheil fällen, wie im Jahre 1873 über die Priori-
täten gefallt worden ist. Aber die älteren soliden Papiere sind schwer
in so großen Partien zu haben und die neueren Emissionen sind viel-
leicht weniger solid. Die Verhältnisse können sich ja überhaupt leicht
ändern. Die Regierung macht selbst darauf aufmerksam, daß die Regie-
rung will nach den Motiven nicht gerade die solidesten inländischen
Papiere vom Invalidenfonds abschreiben lassen und dem Privatmarkt
vorenthalten. Nun, meine Herren, ich bin umgekehrt der Meinung,
für den Invalidenfonds kann überhaupt kein Papier solid genug sein.
Ich will überhaupt nicht mit diesem Invalidenfonds Wirtschaft-
spolitik treiben, sondern mich an den Grundsatz halten, daß, wer spe-
kuliren will, dieses auf sein eigenes Risiko zu thun hat, und daß es
sich nicht, auch dem christlichen Geheimrath öffentliche Gelder zur
Spekulation anzuvertrauen. Ich läugne zwar nicht, daß das Privat-
publikum einen gewissen Heißhunger nach Staatspapieren verspürt.
Aber es ist dies nicht die Folge davon, daß man in Bezug auf den
Werth industrieller Papiere sich viel zu pessimistischen Ansichten hin-
gegeben hat? Es ist dann angeführt worden zu Gunsten der Erwer-
bung ausländischer Staatspapiere in den Motiven, daß man dann
leichter Reichthumsobligationen in den Invalidenfonds aufnehmen
könnte, indem man sie damit veräußert. Ja, meine Herren, für das
laßende Bedürfnis brauchen wir ja nicht erhebliche Anleihen aufzu-
nehmen. Die paar Millionen jährlich für den Ausbau der Marine
zu plaziren, wird niemals große Schwierigkeiten erfordern, mag man
sie direkt auf den Markt bringen oder irgend ein Papier aus dem

Invalidenfonds verkaufen, um dort für dieselben Platz zu machen.
Es wird sich, wenn man eine solche Anlage des Invalidenfonds für
zweckmäßig findet, die Gelegenheit zu solcher Bestimmung bei jedem
Anleihegesetz finden. Oder spekulirt man etwa auf den Fall eines
Krieges, daß man vielleicht eine große Kriegsanleihe an den Inva-
lidenfonds bezieht und entsprechend ausländische Papiere auf den
Markt bringt? Diese Eventualität ist bereits im Jahre 1873 viel
besprochen worden. Man führte damals aus: entweder sind die aus-
ländischen Papiere im Kriegsfall im Besitze unserer Gegner, dann
entwerfen wir sie mit jedem Siege, oder sie sind im Besitze unserer
Verbündeten, welchen wir auch keine Freundlichkeit erweisen, wenn
wir ihre Papiere in dem Augenblick auf den Markt werfen, wo sie
vielleicht selbst Anleihen machen müssen. In jedem Falle macht, wie
der Abg. Kautler damals sagte, der Invalidenfonds selbst das schlech-
teste Geschäft, wenn man ihn zwingt, im Kriegsfall seinen Effekten-
besitz zu veräußern.

Ich freue mich mit dem Abgeordneten Bamberger im Wesentlichen
über die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit des Ankaufs von ausländischen
Papieren überzuzukommen. Ich finde die Ansicht des Herrn Abge-
ordneten, obwohl er heute dem Ankauf ausländischer Papiere viel we-
niger als vor drei Jahren geneigt ist, konsequent und der veränderten
Sachlage entsprechend. Im Jahre 1873 hielt ich mit dem Abgeor-
deten Bamberger die ausländischen Papiere zu vorübergehender An-
lage für durchaus geeignet. Wir hatten ein Interesse daran, den sich
in Folge der Milliarden über Deutschland ergießenden Kapitalstrom
möglichst zu vertheilen, was durch vorübergehende Anlage in ausländi-
schen Papieren geschehen konnte. Heute liegt die Sachlage gänzlich um-
gekehrt. Es handelt sich nicht mehr um die Einfuhr ausländischen
Kapitals, sondern die Kapitalien sind bereits im Inlande angelegt; es
handelt sich darum, ob sie wieder ausgeführt werden sollen. Dazu
haben wir keine Veranlassung. Das Publikum hat vielleicht bei seinen
Spekulationen das in Deutschland ruhende Kapital nach Empfang der
Milliarden überschätzt. In dies der Fall, so ist keine Veranlassung
vorhanden, das vorhandene Kapital zu verriethern, da schon obnedies
das Kapital zu den angefangenen und in Aussicht genommenen Unter-
nehmungen nicht vorhanden ist. Wenn wir heute Prioritäten durch aus-
ländische Papiere ersetzen, so müssen wir das Geld für diese Papiere dem
inländischen Markte entziehen. — W. S., ich muß hier einen noch
nicht erwähnten Punkt betonen; das sind die großen Staatsanleihen,
die in nächster Zeit in Deutschland aufgenommen werden müssen.
Die deutschen Staaten und insbesondere Preußen haben bisher ihre
Staatsanleihen vornehmlich aus den Kriegskontributionsgeldern
erhalten. Diese Quelle ist nahezu erschöpft. Der preussische Finanz-
minister beispielsweise erklärte im Januar d. J., daß nur noch ein
geringer Bestand dieser Kapitalien vorhanden sei; er machte gleich-
zeitig darauf aufmerksam, daß er noch für 493½ Millionen Mark
Eisenbahnanleihen aufzunehmen die Vollmacht habe. Mit der Auf-
nahme dieser Anleihen, wird in nächster Zeit begonnen werden. Ich
habe es für bedenklich gehalten, in so großem Umfange Staatsanlei-
hen zu übernehmen in Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage.
Nachdem es aber einmal geschehen ist, ist es meine Pflicht, die Folgen
möglichst unschädlich zu machen. Ich fürchte, daß durch die Aufnahme
der Anleihen für den Hypothekarkredit eine sehr bedenkliche Konkurrenz
entstehen wird. Was wird nun entziehen, wenn wir außer den großen
Staatsanleihen auch noch unsere Prioritäten um der Erwerbung aus-
ländischer Papiere willen auf den Markt bringen? Es ist auch Ge-
fahr, daß bei Erwerbung der ausländischen Papiere die Verwaltung
des Invalidenfonds in Beziehung tritt zur auswärtigen Politik. Auf
diese Gefahr ist auch im Jahre 1873 der Abg. Kautler aufmerksam ge-
worden. Sollen ausländische Papiere zugelassen werden, so kann dem
Reichskanzler nicht mehr die Verantwortlichkeit für die Fonds länger
belaßen werden. Denn ich muß wiederholt hervorheben: nicht die
Reichsschuldenkommission ist an diesen Verhältnissen irgendwie schuld,
sondern der Reichskanzler allein trägt alle Verantwortlichkeit. Die
Reichsschuldenkommission ist wohl für die Gesetzmäßigkeit der Anlagen,
nicht aber für deren Zweckmäßigkeit verantwortlich.

W. S.: Wir räumten damals dem Reichskanzler so große Be-
fugnisse ein. Dies geschah, weil wir materiell nur einen geringen
Spielraum in dem Gesetze ließen für die Anlage. Wenn wir jetzt
diesen Spielraum erweitern, müssen wir diese Befugnisse des Reichs-
kanzlers erheblich einschränken. Ich bin ebenso dagegen, daß Schab-
anweisungen gekauft werden. Es mag es bequem sein für die Fi-
nanzverwaltung, wir wollen aber vor allem, daß in dem Invaliden-
fonds eine gewisse Ruhe eintritt. Ich resumire mich also dahin, es
ist schlimm, daß wir alle diese Eisenbahnprioritäten besitzen; aber es
wäre noch schlimmer, sie zu verkaufen. Das Schlimmste wäre eine
neue Spekulation nach anderer Richtung zu beginnen. Wir müssen
deshalb die Eisenbahnprioritäten, die wir einmal haben, nicht bloß
bis zum Jahre 1880, sondern überhaupt behalten. (Zustimmung von
links und aus der Mitte), damit das Spekuliren ganz und gar auf-
hört. Ich bin der Ansicht, daß wir den § 1 der Vorlage am besten
ablehnen, dagegen aus § 2 die Ziffer des Jahres 1880 herausstreichen.
Wenn wir die Prioritäten bis 1880 ohne Verlust verkaufen können,
dann sehe ich keinen Grund ein, warum wir sie nicht behalten wollen.
Wenn wir sie aber auch bis 1880 nur mit Verlust verkaufen können,
dann würde ich nicht einsehen, warum wir sie nicht heute schon mit
Verlust verkaufen.

W. S., es ist vorgeschlagen worden, diese Vorlage einer besonde-
ren Kommission zu unterbreiten. Die zweite Beratung kann nach mei-
ner Ansicht nicht eher stattfinden, als bis wir den Jahresbericht der
Invalidenverwaltung in Händen haben. Eine besondere Kommission
ist, wie mir scheint, überflüssig. Es würde genügen, die Budgetkommis-
sion mit der Vorprüfung dieses Gesetzes zu betrauen. Mit oder ohne
Kommission wird es nicht schwer sein, eine sehr große Majorität dieses
Hauses zu bestimmten Vorschlägen der Regierung gegenüber zu verein-
igen, wenn man mit dem Abg. Windthorst daran festhält, diesen In-
validenfonds „den fluktuirenden Gedanken der Finanzkapitalisten,
wie er sich ausdrückt, zu entrücken,“ und wenn man andererseits mit
dem Abg. Bamberger diese Frage als eine konstitutionelle behandelt.
(Beifall.)

Abg. v. Benda: Der Abg. Windthorst hätte die Motive, die den
Abg. Richter in dieser Diskussion leiten, nicht verkennen dürfen, da sie
ihm aus den Verhandlungen des Jahres 1873 bekannt sein mußten.
Was man auch die Stellung der Reichsschulden Kommission nicht für
ganz richtig halten, die materielle Thätigkeit ihrer Mitglieder ist so
überaus erfreulich, daß Insinuationen, wie die gestern gehörten, nicht
hätten vorgebracht werden dürfen, und daß ich jeden Augenblick bereit
wäre, ihre Verantwortlichkeit zu theilen. Herr Windthorst hat sich
heute lediglich zum Organ einer übelwollenden Presse gemacht, deren
Sprache er hier wiederholt hat, vielleicht unabsichtlich. Dies Gerede
hat Herr v. Rostk, Wallwitz in allen seinen wesentlichen Theilen zer-
rissen, durch eine Darlegung der Verhältnisse in der schärfsten und
einfachsten Weise; er hat dafür die Genugthuung gehabt, daß das
Haus seine Ausführungen mit Beifall begrüßt hat. Ich bin über die

Verhältnisse einigermaßen unterrichtet; ich habe auch hier den Bericht vom 1. Oktober vor mir, der die Uebersicht über den Zu- und Abgang der Papiere im Reichsinvalidenfonds enthält und erklärt, dass nach meiner Berechnung, die ich im Einzelnen nachzuweisen bereit bin, der Reichsinvalidenfonds absolut intakt in diesem Augenblick daheist; er besitzt kein Effekt, welches anderen Coursverlusten unterworfen wäre, wie die besten Papiere, die wir in Deutschland haben. (Hört! hört!) Er besitzt neben diesen Papieren Effekten, die seit der Anlage im Jahre 1873 erheblich im Cours gestiegen sind, so daß, wenn Sie heute das Facit ziehen, der Reichsinvalidenfonds in seinem Kapitalbestand mit äußerst geringen Ausnahmen ungeschmälert ist. Es befindet sich in demselben kein einziges Effect, dessen Verzinsung mit $4\frac{1}{2}$ Prozent nach aller Berechnung nicht für alle Zeiten gesichert wäre, und liegt daher auch kein Grund vor, augenblicklich auch nur eines dieser Effekten zu veräußern. Außerdem befinden sich im Reichsinvaliden- und Festungsbau-fonds noch in den inländischen Effekten noch so viel ausländische, daß auf die nächsten zwei Jahre das Bedürfnis an baaren Mitteln vollkommen gedeckt ist. Es liegt also eine Nothwendigkeit des Verkaufs nicht vor, augenblickliche Verlegenheiten sind nicht da und ich denke, auf zwei Jahre hinaus kann man den Lauf der Dinge wohl absehen. Und nun noch eines: geben Sie in ganz Deutschland herum und fragen Sie, ob nicht 99 Prozent der Besitzenden heute sagen: „wären wir doch so klug gewesen wie der Reichs-Invalidenfonds und hätten unsern Besitz so intakt wie dieser!“ Der vorliegende Entwurf ist zu einer Wichtigkeit aufgebauet worden, die er nicht hat, es handelt sich nicht um Incommunität für die Regierung, nicht um eine Rechnungslegung, sondern um eine rein formale Angelegenheit, die Ausschließung des Termins von 1876. Man hat hierbei die Verwaltung einer scharfen Kritik unterzogen; ich habe aber stets erfahren, daß wenn man auf die Vergangenheit zurückblickt, man dann außerordentlich leicht das ergänt, was vor zwei Jahren hätte geschehen können; aber die Rathschläge, die vor zwei Jahren laut wurden, waren so verschieden, daß die Regierung sehr schwer aus denselben einen Maßstab für ihr Handeln entnehmen konnte. Ich befreite zwar den Werth der Diskussion nicht, und gemäß der Regierung alle Veranlassung haben, die Rathschläge des Abg. Bamberger ernst zu erwägen; aber davor möchte ich doch warnen, daß man diese Bemerkungen als unbedingte Wahrheiten für die Zukunft nimmt. Die Kräfte, denen wir vielleicht entgegen gehen, treten immer unter sehr verschiedenen Formen ein und erfordern dann eine verschiedene Behandlung. Der Abg. Windthorst hat dann gesagt, § 1 enthalte einen ungeschulichen Vorschlag; es gehe ein solcher nicht in seinen Kopf. Hat denn der Hr. Abg. vergessen, daß die Frage über die Anlage in Obligationen im J. 1873 entschieden wurde, daß sehr gewichtige Stimmen für Aufnahme dieser Papiere waren? Ebenso, wie der Abg. Windthorst, möchte ich jetzt sagen: es will in meinen Kopf nicht hinein, wie er damals ein solches Gesetz beschließen konnte. Wenn ich mir nun den ganzen Zusammenhang vorstelle und den Antrag des Kollegen Richter auf Streichung des § 1 erwäge, so habe ich nichts dagegen, da praktisch in der Sache sehr wenig geändert wird; beschließen Sie nur vor allen Dingen das, was unbedinglich ist, die Prolongation bis zum Jahre 1880. Mein Bedauern muß ich allerdings darüber ausdrücken, daß der Bericht der Reichsschuldenkommission noch nicht vorliegt, doch weiß ich nicht, daß der Vorsitzende der Reichsschuldenkommission, in dessen Händen sich das Material befindet, auf Grund der laut gewordenen Wünsche sich beeilen wird, vor der zweiten Lesung diesen Bericht zu erhalten und zwar am besten wohl in Form einer in gemäßigten Grenzen gehaltenen Denkschrift über den historischen Verlauf und die Entwicklung des Instituts. An und für sich würde ich eine Kommission weder für wünschenswerth noch für nothwendig halten und würde meinen, daß wir uns möglicherweise durch den Beschluß, das Gesetz einer Kommission zu überweisen, den Motiven des Abgeordneten für Reppen nähern; von diesen Motiven erkläre ich mich entschieden los; ich will die Kommission nur als eine sachliche, nicht wie der Abg. Windthorst zu wollen schien, als eine Untersuchungskommission gegen die Reichsinvalidenverwaltung. Ich würde auch aus dem Grunde gegen eine Kommission stimmen können, um der Reichsschulden-Kommission Gelegenheit zu geben, sich gegen die schweren Anschuldigungen des Abg. Windthorst zu rechtfertigen und festzustellen, ob er in der That etwas weiß und ob der dunkle Schatten auf die Kommission fällt, den er gestern auf dieselbe geworfen.

Abg. v. Minnigerode: Der § 1 des Gesetzentwurfs hat für mich in der Hauptsache nur einen decorativen Werth. Die Erwerbung von mit gesetzlicher Ermächtigung ausgegebenen Schatzanweisungen des Reichs oder eines deutschen Bundesstaats scheint mir unbedenklich, da gegen scheint mir die Erwerbung von Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen anderer Staaten bedenklich, weil man sich dadurch auf finanzielles Gebiet in die Abhängigkeit von ausländischen Regierungen begibt. Da man sich in Schwierigkeiten zu befinden scheint, wie man die großen Mittel sicher festlegen soll, so kann ich nicht unterlassen, mich Bedauern auszudrücken, daß man bei der Feststellung des Gesetzes Landkassapapiere prinzipiell ausgeschlossen hat. Der Entwurf von 171 Millionen Mark Prioritätsobligationen deutscher Eisenbahngesellschaften gegenüber dem Erwerb von nur 156 Millionen Mark von Kommunal-Schuldverschreibungen muß als ein Mißverhältnis erscheinen. Die Motive zu dem Gesetzentwurf meinen zwar, freilich etwas sanguinisch, daß die augenblickliche Börsenkrisis nur eine vorübergehende sein werde, und wir haben gestern von einem Mitgliede des Bundesraths, das zugleich Mitglied des Reichsinvalidenfonds ist, die Thatsache vernommen, daß ein großer Theil der Fonds vor dem Beginn der Verwaltung bereits belegt war, immerhin ist zu bedauern, daß man eine solche Priorität für Prioritäten ohne Staatsgarantie hatte. Wenn der Abg. Windthorst das Prinzip des Gesetzentwurfs angegriffen hat, so glaube ich, daß heute keine Veranlassung vorliegt, auf eine Generaldiskussion der Sache, wie sie bei der Begründung des Invalidenfonds stattfand, einzugehen. Der Abgeordnete Richter hat zu erwägen gegeben, ob man nicht eine Abänderung des Fonds vornehmen solle, so man nicht mit einem geringeren Kapital dasselbe erreichen könne. Dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß auch in diesem Jahre bedeutende Kapitalien nothwendig sein werden, um den Bedürfnissen des Invalidenfonds zu genügen.

Kommisarius Geh. Rath Michaelis: Der Abg. Richter hat heute vorzuweisen den Plan der Belegung angegriffen, sie sei zu rasch erfolgt und der Herr, der früher so viel Einwendungen gegen die auswärtigen und kommunalen Anleihen zu machen hatte, frage heute, weshalb nicht mehr Mittel gerade auf diese Klasse von Effekten verwendet worden sind. Zunächst kann ich konstatiren, daß hinsichtlich der Belegung der Gelder des Invalidenfonds völlig im Sinne des Invalidenfondsgesetzes verfahren ist. Es sind inländische Staatsanleihen übernommen worden, Kommunalobligationen, von letzteren allerdings nicht so viel, als sich baten auf unbegrenzte Zeit hin; denn das müßte auch für den Invalidenfonds als Regel gelten, daß seine Mittel nicht in zu ausgedehntem Maß in Papieren angelegt wurden, von denen man schon damals wußte, daß sie nur schwer zu veräußern seien. Die in Kommunalobligationen angelegten Fonds gelten als fest, die nur im Wege allmählicher Amortisation zu realisiren sind; es ist deshalb auch auf eine ziemlich hohe Amortisationsquote gehalten worden. Diese Rücksicht gebot aber auch der Anlage in Kommunalobligationen eine bestimmte Grenze zu setzen und wurde dieselbe auf 156,612,000 Mark fixirt. In Betreff der auswärtigen Anleihen haben nach zwei Richtungen hin Bemühungen stattgefunden, Gelder für den Invalidenfonds zu erwerben. Einmal sind regelmäßige Aufträge für den Ankauf bestimmter auswärtiger Anleihepapiere gegeben worden; dann hat man sich auch befreit, wenn neue Anleihen vertrauenswürdigere Staaten auf den Markt kamen, diese für den Invalidenfonds und die anderen Fonds zu erwerben. Was sich auf diesem Wege an vertrauensvollen und soliden Papieren zu Gebote stellte, ist damals erworben. Der Betrag von Schuldverschreibungen auswärtiger Staaten, welcher ultimo Februar im Besitz des Fonds war, belief sich auf 123 Millionen Mark. Alle diese Bemühungen konnten nicht eine der Wünsche der Verwaltung entsprechend rasche Belegung des Invalidenfonds fördern, welche ebenfalls im Sinne des Gesetzes lag, indem durch die Bestimmung des Endtermins der Verwaltung die Verantwortung für die rechtzeitige

Belegung auferlegt war. Es freut mich, daß der Abg. Richter heute ebenfalls mit dem gewichtigen Urtheil Bamberger's als dem der Reichsschulden-Kommission über die Erwerbung von Prioritäten übereinstimmt, einer Kommission, die gewiß keine Veranlassung hatte, eine Mitverantwortlichkeit für die Verfügungen der Reichsfinanzen zu übernehmen, wenn sie nicht in der Lage war, ihre wirkliche Leistung auszusprechen. Es war schon ein halbes Jahr darüber hingegangen und auch damals noch wurde diese Anlage als durchaus befriedigend betrachtet. Vorgänge auf dem Kapitalmarkt, wie sie seitdem eintreten, haben niemals vorausgesehen werden können, und es ist durchaus möglich unzurechnungsfähig auf der Grundlage des Courzettells von heute Kapitalanlagen von vor zwei Jahren kritiziren zu wollen. Bei der Verschaffung der Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen hat allerdings dem Rathe keine Folge gegeben werden können, lediglich das in festen Händen befindliche Material vom Markte zu bringen. Da hätten Courzprämien gezahlt werden müssen, um überhaupt ein in das Gewicht fallendes Resultat zu erzielen, die vom Standpunkte des jetzigen Courzettells aus viel größer gewesen wären. Es sind Anleihen übernommen von Eisenbahnen, welche als wohlfundirt galten, und Anleihen zu Courten, welche den damaligen Courten der von gleicher Kategorie im Verkehr befindlichen Obligationen entsprachen. In dieser Beziehung kann man sagen, es ist über eine damalige Erwartung hinaus gelangen, eine rasche Belegung des Fonds zu erzielen. Ich gebe nun aber in den Veränderungen, welche mit den in der Verwaltung der Behörden befindlichen Fonds seit dem März 1874, vom Tage des Berichtes Ihrer Kommission bis heute stattgefunden haben. Wie hier die Verwaltung vorgegangen ist, ergibt sich einfach, wenn der Nominalbetrag der einzelnen Kategorien von Papieren, der damals in allen drei Fonds lag, verglichen wird mit dem Nominalbetrage der verschiedenen Kategorien von Papieren, der gegenwärtigen Fonds. Damals lagen in den Fonds Schuldverschreibungen deutscher Bundesstaaten im Betrage von 102,900,000 M., heute im Betrage von 195,207,000 M., die zur öffentlichen Anlage geeignet sind. Papiere dieser Art sind also um mehr als 90,000,000 M. gesteigert worden. Damals lagen an Eisenbahn-Prioritäten. Obligationen mit Staatsgarantie im Betrage von 65,464,000 M. in den drei Fonds, heute 65,385,000 M. Dieser Betrag ist unverändert geblieben. Uebrigens konstatire ich, daß in der Zeit, so lange die Belegung der Gelder durch das Reichsanlagenamt stattfand, die Gesellschaften, die im Besitze von garantirten Obligationen waren, die Situation, in welcher sie sich befanden, sehr wohl erkannten und auszunutzen verstanden und daher mit ihren Forderungen so weit in die Höhe gingen, daß man ihnen nicht immer folgen konnte. Der Erwerb der 65 Millionen dadurh der älteren Zeit und ist konstant. Nun kommen die Schuldverschreibungen der kommunalen Korporationen. Der Bestand betrug damals nach dem Berichte der Reichsschuldenkommission 106,350,000 Mark, er beträgt heute nach Abzug der stattgefundenen Amortisation 156,612,000 Mark, ist also ziemlich genau 50 Millionen größer. Es hat sich also vermehrt: der Bestand der Schuldverschreibungen deutscher Bundesstaaten um 93 Millionen, der Betrag der Schuldverschreibungen von Kommunal-Korporationen um 50 Millionen, das sind im Ganzen 143,000,000 M. Vermindert haben sich dagegen die Schuldverschreibungen nichtdeutscher Staaten von 123,228,000 auf 33,555,000 Mark. Diese Verminderung hat ihren Grund theils darin, daß Mittel gekassirt werden sollten, um definitiv zulässige Papiere ankaufen zu können, welche ich vorhin als vermehrt bezeichnet hatte, und theils darin, daß solche Mittel ganz von selbst dadurch flüßig wurden, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Kündigung von ganzen Serien von Anleihen vorbereitet haben, eine Kündigung, wodurch auch der Reichsinvalidenfonds berührt wird. Ich komme nun zu den Eisenbahnprioritäts-Obligationen ohne Staatsgarantie. Von diesen befaßen die drei genannten Fonds ultimo Februar 1874 309,159,000 Mark, sie befaßen heute 299,737,000 Mark. Der Bestand hat sich also um ca. 10 Millionen vermindert. Es werden Ihnen jetzt zwei Vorschläge unterbreitet, der eine dahin gehend: den Termin für die Veräußerung der Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen bis 1880 zu verschieben. Der Abgeordnete Richter hat vorgeschlagen, diesen Termin ganz aufzuheben und die Eisenbahn-Obligationen im Besitz der drei Fonds zu belassen. Wenn Sie m. H. die Terminstellung ganz aufheben, so haben Sie die vollkommene Sicherheit im Invalidenfonds Papiere liegen zu haben, welche ihre Zinsen und Amortisationsquoten regelmäßig einbringen, also Papiere, welche für die Bedürfnisse des Reichsinvalidenfonds vollständig sorgen. Ich will den späteren Beratungen überlassen, in wie weit die eine oder die andere Richtung dieser Vorschläge Befürwortung oder Gegner findet. Dagegen haben sich die Angriffe von jener wie von dieser Seite gegen die Erwerbung ausländischer Staatspapiere gerichtet. Der Entwurf wünscht nun ausländische Staatspapiere hauptsächlich vom Standpunkte der Versicherung des Kurzwertes bei Realisationen diesen Fonds einzuverleihen. Das Privatpublikum nimmt, wie Sie wissen, diese Versicherung dadurch ganz von selbst vor, daß es sich in ausländische Staatspapiere kauft, so daß es in Zeiten, wo inländische Papiere schwer verwerthbar sind, wie z. B. in der Gegenwart, die Sicherheit hat, durch Verwerthung ausländischer Papiere die Mittel flüßig zu machen, welcher es bedarf. Diese einfache Vorsicht des Publikums auf den Invalidenfonds anzuwenden, ist weder eine unerhörte Sache, noch ist eine so gefahrbringende, wie es dem Abgeordneten Richter heute erschien. Unerhört ist sie nicht, weil es ja außerhalb Deutschlands eine ganze Reihe von Staaten giebt, deren Papiere sehr solid sind und eine sehr sichere Anlage bieten, und ich glaube, die Uebersicht des Bestandes der drei Fonds wird Sie überzeugen, daß in dieser Beziehung die vollkommenste Vorsicht beobachtet ist. Dann ist aber besonders betont worden: es fließen dadurch Kapitalien zusammen. Ja, das Kapital fließt zwischen Land und Meer immer hin und her. Wenn für den Invalidenfonds ausländische Papiere nicht erworben werden, so können Sie sicher darauf rechnen, daß, so weit die Disposition des Marktes dafür da ist, daß ausländische Papiere nach Deutschland fließen, ebenso wie sie den Invalidenfonds verhindern, dergleichen anzu schaffen, werden sie vom Privatpublikum angeschafft. Das Hin- und Herfließen ausländischer Papiere hängt von internationalen Handelsbeziehungen ab, auf dieses Gesetz absolut keinen Einfluß hat. Der Abg. Richter meint nun zwar, — ja, wenn man die Rücksicht nähme, daß es wünschenswerth sei, große Bestände flüßig zu machen, wenn das Reich selbst eine Anleihe bei dem Reichsinvalidenfonds machen wolle — es sei Zeit dazu, die Sache zu ordnen, wenn das Anleihe-Gesetz gegeben werde. Ja, wenn nach den bestehenden Bestimmungen alle ausländischen Anleihen bis zum 1. Juli 1876 verkauft sein müssen, dann wird das Anleihegesetz einen Invalidenfonds vorfinden, der keinen Besitz in ausländischen Papieren mehr hat, der also den Verkauf ausländischer Papiere nicht mehr ordnen kann, und nicht mehr in der Lage ist, eine Kapitalaufwandung, die das Inland machen muß, zum Theil für eine Zeit auf das Ausland abzuwälzen. Der Vortheil also, der in dieser Vertiefung der Anlagen liegt, ist nur dann zu erreichen, wenn Sie § 1 annehmen. Die Gefahr, die der Invalidenfonds in Beziehung zu der auswärtigen Politik erregt, ist für den Invalidenfonds immer dagewesen und ist auch nach dem bestehenden Gesetze für den Festungsbaufonds und den Reichstagsgebäudefonds so lange vorhanden, als diese Fonds bestehen werden. (Abg. Windthorst: Leider!) Der Herr Abgeordnete sagt: leider! Er möge aus der Erfahrung, aus dem, was bis jetzt in dieser Beziehung verfügt worden ist, irrend eine Thatsache nennen und hervorheben, die dieses „leider!“ rechtfertigt. Der Abg. Windthorst hat überhaupt Vermuthungen aller Art aufgestellt, die Thatsachen aber ist er schuldig geblieben. Endlich hat der Abg. Richter noch eine besondere Abneigung gegen die Schatzanweisungen hervorgehoben. Inländische Schatzanweisungen sind für den Festungsbaufonds und den Reichstagsgebäudefonds ja auch weiterhin zulässig. Welche Gefahr darin liegen kann, daß der Invalidenfonds interimistisch flüßig gemacht werden soll, für welche man nicht gleich eine Verwendung findet, in Schatzanweisungen anlegt, ist nicht abzusehen. Die Grenze, der Bereich, in welchem marandirt werden kann, ist ja überhaupt nach der jetzigen Lage ein eng gezogenes, daß hieran Einschränkungen sich nicht knüpfen. Gerade für Fonds, welche einer allmählichen Flüssigmachung entzogen sind, sind Schatzanweisungen überaus geeignete Papiere, und da die Bestimmungen für den Invalidenfonds auch für die Belegung

der für die Reichseisenbahnen in Elsaß Lothringen zur Verfügung gestellten Gelder gelten, so würde kein Bedenken bestehen, für diese Gelder auch über den 1. Juli 1876 hinaus Schatzanweisungen zuzulassen. Der Entwurf erwähnt ausländische Schatzanweisungen, weil wegen der wenig festen Bedeutung dieses Wortes im Unterschiede von Schuldverschreibung eine authentische Interpretation davon gegeben werden mußte. Wir haben Papiere, welche Schuldverschreibungen sind, aber erst nach 3, 4, 5 Jahren fällig werden, die aber unglücklicherweise den Namen Schatzanweisung haben, wie sollen diese Papiere in der Praxis behandelt werden? Daß ausländische Schatzanweisungen überhaupt sehr wünschenswerth sind, liegt überhaupt darin, daß es an sich sehr wünschenswerth ist, Wechsel zu haben, welche auf das Ausland lauten, um eben bei dem Uebergange zur Goldwährung die Zahlungsmittel zur Anschaffung des Goldes vom Auslande in den Händen des Reichsanlagenamtes zu haben. Solche Schatzanweisungen sind genau dasselbe wie Wechsel; ich nenne beispielsweise beliebige vierprozentige Schatzanweisungen, welche mit Zins-Coupons versehen und nach zwei Jahren fällig sind. Ich kenne kein besseres Papier für den Invalidenfonds und dahin bitte ich Sie, das Gesetz zu interpretiren, daß solche Schatzanweisungen nicht ausgeschlossen sind.

Die vorliegenden Fragen sind Zweckmäßigkeitsfragen, in welchen die Resultate zweijähriger Erfahrung Abklärung finden sollen. Es handelt sich darum, die Grundsätze, welche jeder Verwalter fremder Mittel anwendet, auch auf das Reich anzuwenden. Abg. Richter hat auch zugestanden, daß der Reich der Papiere damals zu eng gegriffen war. Prüfen Sie diese Erfahrung und beschließen Sie darnach, nach welchen Grundsätzen Fonds anzulegen sind, die in den Händen einer Verwalterin erwerbenden Verwaltung konserbirt und gegen durch einseitige Belegungen hervorgerufene Gefahren geschützt werden sollen.

Abg. v. Kardorff: In Bezug auf die Schatzanweisungen theile ich die Ansicht der Regierung. Was die ausländischen Papiere betrifft, so hätte auch ich damals gewünscht, daß mehr davon gekauft worden wären, sie heut aber aufzunehmen, halte ich für bedenklich; denn ein solches Vorgehen würde den Fonds darauf anweisen, mit Papieren Handel zu treiben und das ist der Natur dieses Fonds nicht entsprechend. Ob der Termin für den Verkauf der Eisenbahn-Prioritäten bis 1880 aufgehoben oder ob sie sofort verkauft übernommen werden, scheint mir genau auf dasselbe herauszukommen. Trotzdem muß ich mit wenigen Worten auf dasjenige zurückkommen, was ich bei der Beratung von 1873 gesagt habe. Ich erklärte damals, daß ich dies Gesetz weder für politisch nothwendig, noch für wirtschaftlich glücklich hielt und daß ich mich nur der ausgesprochenen Majorität des Hauses fügte, wenn ich schließlich zustimmte; ich forderte weiter auf, das Gesetz wenigstens so zu machen, wie es mir wirtschaftlich am zweckmäßigsten erschien. Meine Bedenken von damals haben heute zum Theil ihre Rechtfertigung gefunden. Ich bemerke, daß ich nicht erwartet hätte, daß die Bankiers hier so viel Sympathien finden würden, denn durch das Gesetz würde eine immense Macht in ihre Hände gelegt, ich äußerte Bedenken gegen die Ausnahme der Prioritätsobligationen ohne die gleichzeitige Aufnahme anderer Papiere. Ich will mich nicht brüsten, als ob ich die Krisis in dem Maße, wie sie eingetreten ist, damals vorausgesehen hätte, ich habe mich nur von dem Standpunkte des Privatmannes leiten lassen, wenn er sein Vermögen anlegt und habe deswegen die landschaftlichen Pandbriefe empfohlen und habe gegen die Prioritäten gestimmt, als jene abgelehnt waren. Was endlich die Verwaltung des Invalidenfonds betrifft, so ist gesagt worden, der Reichskanzler trage dieselbe ganz allein; das stimmt indessen nicht mit dem Wortlaut des § 5 des Gesetzes überein, denn da steht ausdrücklich, daß der Reichskanzler nur im Einvernehmen mit dem Bundesrathe zu verfügen hat, die Verantwortung wird also von der Resultirenden in diesem Barollegogramm der Kräfte getragen. Ich glaube überhaupt nicht, daß die gegen die Verwaltung des Fonds erhobenen Vorwürfe begründet sind und werde deshalb dem Antrag zur Vorberatung in der Budgetkommission zustimmen, weil es, nachdem solche Angriffe einmal erfolgt sind, somit scheinen könnte, als ginge der Reichstag über diese Angelegenheit oberflächlich hinweg.

Nach Schluß der Diskussion und einigen persönlichen Bemerkungen wird die Vorlage der Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen. (Schluß folgt.)

* In der gestrigen Rede des Abg. Dr. Bamberger ist ein Druckfehler zu corrigiren: die Summe der erworbenen Prioritäten beträgt 210 Millionen Mark, nicht 10 Millionen. Ferner ist die Frage: „ist mit der Veranlagung in Prioritäten ein Fehler begangen worden?“ in den beifolgenden Satz verwandelt worden: „es ist u. s. m.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, 11. November.

— Zu dem Gesetze über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung hatte der Reichstag eine Resolution angenommen, den Reichskanzler zu ersuchen, bei der königlichen preussischen Regierung dahin zu wirken, daß die Standesbeamten in den Landestheilen mit polnischer Bevölkerung angewiesen werden, diejenigen Vornamen, welche in beiden Sprachen eine verschiedene Form haben, zwar in deutscher Schreibweise in die Register einzutragen, die polnische Form aber in Klammern beizufügen. Der Bundesrath hat diese Resolution der königlich preussischen Regierung zur weiteren geeigneten Veranlassung zugehen lassen, und es sind hierauf, wie dem Reichstage mitgeteilt ist, die Ober-Präsidenten der Provinzen Preußen, Posen und Schlesien beauftragt, die Standesbeamten in den Landestheilen mit polnischer Bevölkerung, der Resolution entsprechend, mit Anweisung zu versehen.

— Die Mittheilung des „Dziennik“, daß „Pro Nihilo“ verboten worden sei, findet Bestätigung durch folgende Notiz der „Nordb. Allg. Ztg.“: „Die vom Grafen Harry Arnim verfaßte oder durch ihn veranlagte Broschüre „Pro Nihilo“ ist beschlagnahmt worden. Wir kommen morgen auf diese Angelegenheit zurück.“

Aus dem Gerichtssaal.

— h — Posen, 10. November. [B r e s l a u e s s e.] Heute Vormittags wurden vor der hiesigen Kriminalabtheilung zwei Prozeßverhandlungen. In dem ersten derselben war der Angeklagte Herr Grunzinski, verantwortlicher Redakteur des „Kurier Poinanski“, mit seinem Verteidiger Rechtsanwalt Döckhorn erschienen. Nachdem die Anwesenheit der geladenen Zeugen festgestellt war, trug der Staatsanwalt v. Dreßler die Anklage vor, welcher wir Folgendes entnehmen.

Die unter der Redaktion des Angeklagten erschienene Nr. 123 des „Kurier Poinanski“ vom 2. Juni 1875 brachte einen Artikel, in welchem die am 1. desselben Monats stattgehabte Prozession namensprossion und ein die letztere störender Vorfall beschrieben wurde. Inhabts dieses Artikels hätte sich ein preussischer Offizier aus dem Gebäude des Sapieha- und Kanonenparks gerade in dem Augenblicke hinausgedrückt, als sich der leberrrende Geistliche mit dem Sakristanum dem an demselben Hause befindlichen Altare genähert habe. Der Offizier hätte sich bedeckten Hauptes, beide Hände in die Seiten gestemmt und eine Zigarre im Munde mit Hohnrufen über den Altar gebeugt und den Rauch seiner Zigarre direkt auf das Sakristanum und in die Gesichter der der Monstranz umgebenden Geistlichen geblasen. Damit hätte sich aber der „Ritter“ noch nicht

...hat, vielmehr, obwohl seine Zigarre noch nicht zur Hälfte geraucht gewesen wäre, sich aus seinem Etui eine frische genommen, welche angezündet und den brennenden Zigarrenstumpf unbedenklich herum, ob er nicht etwa dadurch hätte ein Unglück anrichten können, unter ihn nicht umgebende Menge geworfen. Der „Kurier“ bezeichnet die Benehmen als ein empörendes und jüggeloses, „das die Ehre des preussischen Offizierscorps befleckt und allgemeine Verachtung hervorgerufen hätte.“ Der Offizier, von dem in dem oben erwähnten Artikel Rede geht, ist der Premierlieutenant Frisch II. vom 3. Nieder-sächsischen Infanterie-Regiment Nr. 50, der obige das Verhalten eines Offiziers vom 50. Regimente in beleidigender Weise kritisirende Artikel beanlagte den Obersten des betreffenden Regiments zu einer Unter-suchung und in Folge dessen zu einer Verurteilung der in jenem Artikel enthaltenen Thatsachen, welche letztere auch in Nr. 169 des „Kurier-Boznaner“ vom 27. Juli 1875 abgedruckt, jedoch mit mehreren Bemerkungen begleitet war, worin die Richtigkeit der abgedruckten Bericht-erstattung bezweifelt, und außerdem noch behauptet wurde, daß der Offi-ber damals keinen Degen gehabt und daß er sich erst dann zurückge-geben hätte, nachdem er von einem seiner Kollegen mehrmals am Kopf geklopft worden wäre. In Bezug auf die in der Verurteilung gemachte Angabe, daß der vom „Kurier“ angegriffene Offizier nicht katholisch sei, heißt es in dem Artikel vom 27. Juli 1875, daß viele Thatsachen allein schon hinreichte, von der öffentlichen Meinung, in den Augen eines jeden unparteiischen Andersgläubigen zu er-niedrigen.

In Nr. 177 des „Kurier-Boznaner“ vom 5. August, welche ebenso wie die beiden vorhergehenden Nummern, unter der Redaktion des Angeklagten erschienen, ist ein „Unsere Hoffnungen“ betitelter Artikel abgedruckt, worin bei Gelegenheit einer Besprechung der vom Herrn Kultusminister Dr. Falk im Herbst gemachten Rheinreise auch die aus dem Kultusministerium hervorgegangenen kirchenpolitischen Gesetze behandelt und die Geistlichen aufgefordert werden, jenen Gesetzen fortwährend en Widerstand zu leisten. Auf Grund dieser inkriminirten Artikel wird der Angeklagte R. Grunow als unter Verurteilung auf die §§ 185, 186 und 110 des Reichsstrafgesetzbuchs der wiederholten Beleidigung des Premier-Lieutenants Frisch II. und des Widerstands gegen die Staatsgewalt beschuldigt. Der Angeklagte giebt zu, die inkriminirten Artikel mit Kenntnis ihres Inhalts in die von ihm redigirte Zeitung aufgenommen zu haben, bestritt aber, daß diese Artikel Beleidigungen oder sonst strafbare Momente enthielten. Darauf wurde zur Beweis-nahme geschritten und zunächst die Herren Premierlieutenants Frisch I. und Frisch II. und die Secondelieutenants v. L. und v. R. und v. J. statgehabte Vorfall folgendermaßen:

Nach einer gemeinsam eingenommenen Mittagsmahlzeit begaben sich die Herren Frisch und Lampel in die Wohnung des letzteren, welche sich im Parterre des an der Ecke des Sapieha- und Kanonen-platzes gelegenen Hauses und zwar vom Eingange zur linken Hand befindet. Premierlieutenant Frisch trat jedoch nicht ein, sondern blieb, da er gleich weggehen mußte, in der Hausthüre oben auf den Stufen stehen, um die Prozession, die kurz darauf ebenfalls vor dem Hause angelangt war, vorbeiziehen zu lassen. Auf der rechten Seite vom Eingange des erwähnten Hauses war jedoch ein Altar angebracht, an welchem von dem gelebrenden Geistlichen eine Feierlichkeit abge-halten wurde. Während dieser Zeit blieb Premierlieutenant Frisch stehend in der Hausthüre stehen. Er hatte eine Mütze auf dem Kopfe und den Degen an der Seite. Weil seine Zigarre nicht ordentlich brannte, warf er dieselbe fort, um sich eine neue anzuzünden. Daß Premierlieutenant Frisch sich über den Altar gebeugt hätte, bezeugen sämtliche Zeugen als eine Unmöglichkeit, da außer dem von zwei dicken Pfeilern flankirt ist. Der Polizeikommissar v. B. und Franz Grzybska. Die Zeugen Frau Kzepecka, Fräulein Siemiatkowska und Fräulein Peczkowska bekunden, daß der Offizier den brennenden Zigarrenstumpf unter die Menge geworfen habe. Der Zeuge Stanislaus Leporowski bekundet, daß der Offizier keinen Degen gehabt hätte, was er habe wahrneh-men können, als derselbe gefallen sei. Hierauf erklärt der Lieutenant Lampel, daß er seinen Kameraden habe in sein Zimmer bitten wollen und ihn deshalb unter den Arm gefaßt habe. Dabei sei Frisch über ein paar im Hausflur befindliche Kinder gestraucht. Ein Antrag des Verteidigers, einen Beweis darüber aufzunehmen, ob Frisch dabei nicht wenigstens in die Kniee gesunken sei, wird vom Gerichts-hof als thatsächlich unerheblich abgelehnt. Der Zeuge Walski bekundet, daß der Offizier zwar den einen Arm in die Seite gesteckt, daß das aber auf ihn den Eindruck gemacht habe, als wolle er den Arm unterstücken, worauf Lieutenant Frisch be-merkte, daß er an dem linken Arm schwer verwundet sei und ihn des-halb hülflos stützen müsse, damit nicht das Blut zu stark zuflüsse. Die halb häusliche Aufnahme wurde mit Verlesung eines gerichtlichen Protokolls geöffnet, worin auf G. und der Jaugenscheinnahme der Verlichkeit konstatiert war, daß es für jemanden, der auf der obersten Treppen-stufe des Hauseinganges stehe, theils wegen der Entfernung, theils wegen jener vorstehenden Pfeiler, welche sich neben der Treppe befin-den, unmöglich wäre, sich über einen seitwärts von den erwähnten Pfeilern befindlichen Altar zu beugen. Zu bemerken ist, daß Niemand von den Zeugen zu bekunden vermochte, daß der betreffende Offizier sich nicht auf der obersten Treppenstufe befunden hätte.

Der Staatsanwalt führte nun aus, daß die in Nr. 123 und Nr. 169 des „Kurier-Boznaner“ enthaltenen Thatsachen solche wären, welche nicht erweislich wahr und im Stande seien, den Premierlieutenant Frisch in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen. In Bezug auf Nr. 177 des „Kurier“ wies er nach, daß in dem darin inkriminirten Artikel eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen bestehende Staatsgesetze enthalten sei und beantragte für alle drei Verge-hende auf eine Gesamtstrafe von 8 Monaten zu erkennen. Der Ver-theidiger erwiderte für Verurteilung seines Klienten ebenfalls bean-tragte er auf eine Geldstrafe zu erkennen. Der Gerichtshof, be-ziehend aus dem Vorstehenden Kreisgerichtsrath Groß und den beifügen Kreisrichtern Brown und Gregor, erkannte für die in Nr. 123 und 169 enthaltenen Beleidigungen des Lieutenants Frisch II. auf eine Geldstrafe von 200 M. event. 14 Tage Gefängnis, für die Aufforde-rung zum Ungehorsam gegen bestehende Staatsgesetze auf Gefängnis-strafe von 2 Monaten.

Der zweite heute verhandelte Prozeß betraf die Beleidigung des Baumeisters Winkelt durch eine in Nr. 107 des „Dresdener“ enthaltene Inzert, worin Winkelt als in seinem Handwerk unerfah-ren geschildert wurde. In der Sache hatte schon einmal, wie wir sei-ner Zeit berichteten, Termin angefallen. Auch heute wurde die Sache verurteilt, um durch den Bauinspektor Petersen eine Jaugenscheinnahme des angeblich von Winkelt verkauften Hauses vornehmen zu lassen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Oberschlesische Eisenbahn. Die Einnahmen betrugen im Monat Oktober c.: A. Bei den vollständig im Betriebe befindlichen Bahnen. 1. Oberschlesische Haupt Bahn, einschließlich der Wilhelm-s- und Niederschlesischen Zweigbahnen, der Posen-Thorn-Bröm-burger und Reife-Brigier Eisenbahn, für Personen 451,995 M., für Güter 249,145 M., an Extraordinarien 244,466 M., zusammen 3,193,906 M. oder 46,206 M. weniger, bis ult. Oktober in diesem

Jahre 30,700,443 M. oder 1,793,942 M. mehr. II. Oberschlesische Zweigbahnen im Bergwerks- und Güterreviere für Güter 55,850 M. an Extraordinarien 2166 M., zusammen 58,016 M. oder 6369 M. mehr, bis ult. Oktober in diesem Jahre 466,920 M. oder 20,041 M. mehr. III. Breslau-Posen-Logauer Eisenbahn für Per-sonen 117,969 M. für Güter 476,102 M., an Extraordinarien 42,010 M., zusammen 636,081 M. oder 10,640 M. weniger, bis ult. Oktober in diesem Jahre 5,975,138 M. oder 73,706 M. weniger. IV. Sta-r-aar-Posener Eisenbahn für Personen 73,992 M., für Güter 271,137 M., an Extraordinarien 38,238 M., zusammen 383,367 M. oder 5708 M. mehr, bis ult. Oktober in diesem Jahre 3,402,249 M. oder 138,637 M. mehr. B. Bei den im Bau begriffenen und theil-weis im Betriebe eröffneten Bahnen. 1. Breslau-Mittelwalder Eisenbahn. Betriebsstraße: Breslau-Glas-Mittelwalde, Camenz-Frankenstein, Camenz-Giekmannsdorf und Leobisch-Gagerndorf für Personen 73,961 M., für Güter 99,674 M., an Extraordinarien 33,957 M., zusammen 207,592 M. oder 43,202 M. mehr, bis ult. Ok-tober in diesem Jahre 1,895,679 M. oder 612,745 M. mehr als in demselben Zeitraum 1874.

Leipzig, 10. November. Der dritte Quartalsbericht des Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt ergibt einen Ge-winnüberschuß von 1,541,218 Mark gleich ca. 6% pEt. pr. anno.

Wien, 10. November. Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank. *)

Notenumlauf	319,197,270	Zunahme	4,569,850 Fl.
Metallschatz	136,242,224	Abnahme	198,000 "
In Metall zahlbare Wechsel	11,011,140	Abnahme	496,014 "
Staatsnoten, welche der Bank gehören	1,924,155	Zunahme	1,075,945 "
Wechsel	143,771,759	Zunahme	5,437,100 "
Bombard	32,187,700	Zunahme	1,122,700 "
Eingelöste und bür-jemäßig ange-laufte Pfandbriefe	4,191,533	Zunahme	205,933 "

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 27. Oktober.

Wien, 4. November. Die Einnahmen der Lombardischen Eisenbahn (östr. Reg.) betrugen in der Woche vom 29. Oktober bis zum 4. November 686,457 Fl., erlauben mitbin gegen die entspre-chende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 20,752 Fl.

Antwerpen, 9. November. Bei der heutigen Bollauktion waren 2175 B. diverser Wollen angeboten und 1592 B. verkauft. Monteideo-Wollen zeigten gestern unverändert, Baenos-Ayres-Wollen etwas besser gehalten.

Vermischtes.

In der Flora zu Charlottenburg brach Sonnabend Abends gegen 6 Uhr Feuer aus, welches sehr leicht große Dimensionen hätte annehmen und das ganze Etablissement einäschern können. Das Feuer entstand durch einen Fehler im Mauerwerk, so daß Funken aus dem Schornstein in einen angrenzenden Bodenverschlagen einschlugen und das dortige Holzwerk entzündeten konnten. Man rief sofort die Feuerwehr aus Berlin herbei, wurde des Brandes jedoch schon vor ihrem Eintreffen Herr. Wäre das Feuer zur Nachtzeit ausgekommen, so war wohl keine Rettung möglich.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 10. November. Gemäß § 6 des Gesetzes über die Ver-waltung erledigter Bischümer erfolgte gestern die Beschlagnahme des breslauer Diözesanvermögens. Die Ausführung derselben ist dem Regierungsrath v. Schumann übertragen worden.

München, 10. November. Die von den bairischen Bischöfen an den König gerichtete Vorstellung, betreffend die Altkatholiken, das Schulwesen und die Erhaltung der Klöster, ist ohne eine Verfügung an das Kultusministerium gelangt.

London, 10. November. Die heutigen Morgenblätter sprechen sich allesamt zu der von Disraeli auf dem gestrigen Vormars-Banket gehaltenen Rede zustimmend aus und sind namentlich mit seinen Äußerungen über die Stellung Englands zu der orientalischen Frage einverstanden. — Durch nunmehr vorliegende amtliche Nach-richten von Veral wird bestätigt, daß der zur Verfolgung der Mörder des britischen diplomatischen Agenten Birch abesandete Kapitän Innes mit seinem Truppendetachment die Malayan am 7. c. unweit des Ortes, wo der Mord geschah, angegriffen hat, daß dieser Angriff aber mißglückt und Kapitän Innes bei demselben getödtet wurde. Es sind Befehle nach Hongkong und Kalkutta zur Verbeiziehung von Truppenverstärkungen abgegangen.

Versailles, 11. November. Die Nationalversammlung setzt die Wahlgesetzberatung fort. Art. 7 bis 11 werden angenommen. Die Abstimmung über Artikel 12 wird vertagt in Folge eines Antrages von Bethmont (Einle), daß Offiziere und Generale der Territorial-armee nicht wählbar seien in den Bezirken, wo sie ihre Funktionen ausüben. Der Artikel wird an die Kommission zurückverwiesen. Artikel 13, betreffend die Richtigkeit des imperialen Mandats wird von Raquet bekämpft, jedoch mit 587 gegen 57 Stimmen angenom-men. Darauf wird die Diskussion über Artikel 14, betreffend das Pfenstrutinium, begonnen. Antonin Pontalis verheißte das Sch-schem der Einzelwahlen. Lucie (linkes Centrum) trat das Pfen-strutinium ein.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wagner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angelommene Fremde

11. November.

GRAND HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer Graf Blater aus Brody, v. Mielci a. Ornowe, Kreisrichter Pechbiz a. Rawisch, die Brüder Gajowiecki aus Chorziesien, Kullinski aus Gdansk, die Rentiers v. Krzyzanowski aus Rajstowel, v. Malinowski a. Warschau, U. SOHARFENBERG HOTEL. Die Kaufleute Gös aus Jaroschin, Lewy und Langke aus Berlin, Kotte und Gerlach aus Obornik, Stumm aus Liebus, Cohn aus Neustadt, Steinert aus Breslau, Oberinspektor Krüger aus Jettben in Westpreußen.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufl. Fuß aus Bojanowo, Eiger aus Wien, Hergelt aus Schwiebus, Brennerreiverwalter Schreiber a. Neustadt b. P., Rittergutsbes. Borchard aus Gortatowo, Defonom Huholt aus Halle.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufl. Rothmann aus Wronowitz, Appel aus Berlin, die Gutsbes. Ponicki u. Frau aus Polen, Seplowski aus Kraslau.

GRATZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG. Die Kaufleute Bärenfänger aus Leipzig, Wacke a. Bojanowo, Restaurateur Grigor aus Frankfurt a. O., Fabrikant Louis Collas aus Berlin, Goldhändler Horowitz aus Ulanow, die Viehhändler Albrecht Lippmann a. Orzyslo, Hiersekorn u. Gebr. Leciejewicz a. Neutomischel. KEILERS HOTEL. Rabbiner Dr. Goldschmidt aus Bojanowo, die Kaufl. Görtel u. Graupe aus Rajstowel, Mode u. Remphorn aus Obornik, Bomsberg aus Liegnitz, Kesser aus Thorn, Hirsch aus Kro-tofschin, Großmann aus Jnowrazlaw.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschluß verschied gestern Abends 6½ Uhr p.öblich am Herzschlage in den Armen der Seinen unter heiß und innig geliebter Gatte, Vater, Bruder und Onkel, der königliche Reg. Hauptkassen-Buchhalter Herr

Carl Jaekel

im vollendeten 60. Lebensjahre.

Dies zeigen allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stillen Beileid an

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 13. d., Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Kl. Ritterstr. Nr. 2, aus statt.

Bremen, 3. November.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Obio“, Kapitän G. Meyer, hat heute die sechste diesjährige Reise via Southampton nach Baltimore mit Ladung und Passagieren angetreten.

Baltimore, 6. November.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Braunschweig“, Kapitan C. Unbittsch, welches am 22. Oktober von Bremen und am 24. Oktober von Southampton abgegangen war, ist heute wohlbehal-ten hier angekommen.

Havana, 6. November.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Frankfurt“, Kapitän F. v. Bülow, welches am 13. Oktober von Bremen und am 16. Oktbr. von Havre abgegangen war, ist gestern wohlbehalten hier angekommen.

Bremen, 7. November.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Redar“, Kapitän W. Will-gersd., hat heute die achte diesjährige Reise via Southampton nach Newyork mit Ladung und Passagieren angetreten.

Newyork, 8. November.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Salier“, Kapitän S. E. Franke, welches am 23. Oktober von Bremen und am 28. Oktober von Southampton abgegangen war, ist heute 4 Uhr Nachmittags wohlbehalten hier angekommen.

Southampton, 9. November.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Rein“, Kapl. E. Bri-ckenstein, welches am 30. Oktober von Newyork abgegangen war, ist heute 10 Uhr Morgens wohlbehalten hier angekommen.

Strombericht.

(Aus dem Sekretariat der Handelskammer.)

Neustadt a. W.

7. November. Röhne 13/40, Heinrich Zeidler, mit Steinkohlen, Stein-tohlensteer, Dachpappen und Asphalt von Posen nach Konin, 271, Martin Gutische, 253, Robert Gutische, 259, Carl Goppe, 2637, Christian Reppach, 2955, Friedrich Schüler, 400, Friedrich Büdermann, 1069, Ernst Büdermann, 1340, Wilhelm Büdermann, sämtlich leer, von Posen nach Kolo.

8. November. Röhne 330, Carl Gröning, mit Spiritusfässern von Posen nach Bogorzelle, 299, Gottfried Frisch, leer von Posen nach Konin, 2001 Apolinari Jontowski, mit Salz und Spiritusfässern, 1329, Wilhelm Hoffmann, mit Stein-tohlen und Eisen, beide von Posen nach Belsern, 1231, Joh. Krich, mit Steinkohlen von Posen nach Kolo, 288, Joseph Siecpantiewicz, leer von Posen nach Konin.

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 10. November. Getreide-Börse. Wetter: etwas kältere Temperatur. Wind: SO.

Weizen loco ist war heute am Markte etwas gefragt, zu ge-fragten Preisen, jedoch nur in beschränkter Waare, während das Ge-schäft in gläseriger Qualität sehr stille geblieben ist, 400 Tonnen wur-den verkauft, darunter 23 Tonnen alt, und ist bezahlt für neu bunt 123 Bfd. 187 M., besserer 124 Bfd. 195 M., gläserig 126 Bfd. 198 M., 130 Bfd. 200 M., hellfarbig 128 Bfd. 203 M., 130 Bfd. 204 M., hellbunt 127/8, 129 Bfd. 207 M., 130 Bfd. 210 M., hochbunt gläserig 130, 131 Bfd. 205 M., alt bunt blaupigig 127 Bfd. 198 M. per Tonne, die gestrige Notiz 134 Bfd. Sommer sollte nicht 199, son-bern 189 M. per Tonne sein. Termine ruhiger. November 189 M. Dr., April-Mai 213 M. bez., 214 M. Dr. Regulirungspreis 198 M.

Roggen loco ziemlich unverändert, 130 Bfd. 160 M. polnisch neu 122 Bfd. 154½ M., altpolnisch 120 Bfd. 143½ M. per Tonne ist für 40 Tonnen bezahlt. Termine fester, April-Mai 156 M. Dr. Regulirungspreis 150 M. — Gerste loco matter, große 114 Bfd. 161 M. per Tonne bezahlt. — Erbsen loco keine Koch- brachten 180 M. per Tonne. — Spiritus loco ist mit 46, 50 M. bz., Mai-Juni 51½ M. Dr.

Breslau, 10. November. Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Rtr 100 pEt. pr. November-Dezember 45 00, pr. Debr.-Januar —, pr. April-Mai 48, 30 Weizen pr. November-Debr. 194, 00 Roggen pr. November-Dezember 156, 00, pr. Dezember-Januar 156, 00, pr. April-Mai 160 00 Rüböl November-Dezember 68, 00, pr. Dezember-Januar 68, 50, pr. April-Mai 70, 00. Zink — Wetter: —.

Wien, 10. November. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt) Wei-zen fester, hiesiger loco 21, 50, fremder loco 22, 00 pr. November 20, 35 pr. März 21, 65. Roggen besser, hiesiger loco 16, 50, pr. November 14, 30, pr. März 15, 65. Hafer matter, loco 18, 50, pr. November 17, 85 Rüböl böher, loco 36, 50, pr. Oktober —, pr. Mai 37, 50. — Wetter: Plagregen.

Hamburg, 10. November. Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine fester. Roggen loco fest, auf Termine fester. Weizen pr. Novbr. 199 Br., 198 Gd., pr. Debr.-Januar pr. 1000 Rtr 200 Br., 199 Gd. Roggen pr. November 151 Br., 150 Gd., pr. Debr.-Januar pr. 1000 Rtr. 152 Br. 151 Gd. — Hafer fest. — Gerste still. — Rüböl ruhig, loco 69, pr. November —, pr. Januar 37, pr. April-Mai 38. Juni-Juli pr. 100 Rtr 100 Gd. 39. Kaffee ruh., Umsatz 1500 Gd. Petroleum ruh., Glas-dard white 11, 75 Br., 11, 60 Gd., pr. November-Dezember 11, 75 Gd., pr. Januar-März 11, 80 Gd. — Wetter: Regen.

Antwerpen, 10. November. Nachmittags, 4 Uhr 20 Minuten. Getreidemarkt geschäftlos. Petroleum-Markt (Schlusbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 28½ bez. u. Br., pr. November 28 bez., pr. November 28½ Br., pr. Dezember 28½ bz. 28½ Br., pr. Januar 28½ Br., pr. Febr. 28½ Br. Weizen.

Paris, 10. November. Nachmittags. (Probackenmarkt.) (Schlus-bericht.) Weizen fest, pr. November 26, 50, pr. Dezember 26, 50, pr. November-Februar —, pr. Januar-April 28, 75. Weizen fest, pr. November 58, 25, pr. Dezember 59, 25, pr. November-Februar —, pr. Januar-April 61, 00. Rüböl steig., pr. November 98, 25, pr. Dezember 98, 25 pr. Januar-April 94, 50, pr. Mai-August 91, 75. Spiritus steig., pr. November 44, 50, pr. Januar-April —.

Amsterdam, 8. Novbr., Nachmittags. Getreidemarkt (Schlus-bericht.) Weizen loco fester, auf Termine —, pr. November niedriger 283, pr. März höher 297. Roggen loco auf Termine unverän-derl. pr. März 193½, pr. Mai 194½. Raps loco per Herbst —, pr. Frühjahr 124½. Rüböl loco 39½, pr. Dezember 40, pr. Mai 40½. Wetter: Regen.

